

Auftrag Nicole Meier, CVP, Baden (Sprecherin), Roland Agustoni, GLP, Magden, Elisabeth Burgener, SP, Gipf-Oberfrick, Renate Gautschy, FDP, Gontenschwil, Monika Küng, Grüne, Wohlen, Hansruedi Mettler, EVP, Dürrenäsch, Samuel Schmid, EDU, Biberstein, vom 4. Mai 2010 betreffend Überprüfung des Ausmasses und der Entwicklung der Armut im Kanton Aargau und der daraus resultierenden Umsetzung nötiger Massnahmen

Text:

Der Regierungsrat wird ersucht, das Ausmass und die Entwicklung der Armut im Kanton Aargau regelmässig in einem Bericht darzustellen. Auf der Basis der erhaltenen Daten zeigt der Regierungsrat gleichzeitig Ziele und Massnahmen auf, wie die kantonale Armutsrate effektiv gesenkt werden kann.

Begründung:

Die Armut in der Schweiz und in unserem Kanton nimmt zu. Ausmass, Entwicklung, Ursachen und Wirkungen werden jedoch kaum systematisch erfasst. Das Thema "Armut" ist in der breiten Öffentlichkeit weitgehend Tabu. Armut kann jede und jeden treffen: Alleinerziehende, Alleinstehende, Working Poor und Familien mit mehreren Kindern sind besonders gefährdet. Immer mehr sind auch Angehörige des Mittelstandes vom Abstieg in die Armut bedroht.

Aus verschiedenen Untersuchungen wissen wir, dass Armut verschiedene Ursachen hat: Wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Aussteuerung spielen eine wichtige Rolle; mangelnde Ausbildung haben einen grossen Einfluss auf die Armut; Frühförderung und die Familienpolitik sind entscheidend, ob Armut "vererbt" wird; die Steuerpolitik hat Einfluss auf das verfügbare Einkommen; Menschen mit Migrationshintergrund haben im Allgemeinen geringere Chancen auf dem Arbeits- und auf dem Lehrstellenmarkt; Raumplanung hat Einfluss auf Integration oder Ausgrenzung von Armutsbetroffenen. Kurz, Armut und Armutsbekämpfung sind ein Querschnittsthema.

Mit der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Zahl von ausgesteuerten Menschen steigt das Armutsrisiko gegenwärtig stark an. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, in den nächsten Jahren ebenfalls stark zunehmen wird. Die Armutsproblematik wird sich verschärfen, die Sozialhilfeausgaben von Gemeinden und Kanton entsprechend anwachsen. Es muss daher im Interesse der verschiedenen politischen Ebenen sein, vorausschauend die Thematik der Armutsbekämpfung anzugehen.

Um eine kohärente Politik in der Armutsbekämpfung möglich zu machen, ist es deshalb notwendig, dass der Kanton regelmässig die Entwicklung der Armut und deren Ursachen systematisch darstellt und benennt. Gleichzeitig sollen auch die negativen Folgen der Armut dargestellt werden. Nur so ist es möglich, dass die Politiker von Kanton und Gemeinden gezielt präventive Massnahmen zur Vermeidung von Armut treffen und für Armutsbetroffene adäquate Integrations- und Förderungsmassnahmen bereitstellen.

Unterzeichnet von 62 Ratsmitgliedern